

FACHAUSSCHUSS KRIMINALPOLIZEI

Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Rheinland-Pfalz



Nr. 45/2015, 13. August 2015

- **Personal, Gesundheit und Belastung**
- **Vermögensabschöpfung und Asservatenaufbewahrung**
- **Spezialeinheiten und Evaluierung der „Optimierung“**
- **Fortentwicklung von herausgehobenen Funktionsbeschreibungen**



❖ **Der Fachausschuss Kriminalpolizei in der GdP legt den Finger in die Wunden und gibt konstruktive Hinweise**

Der GdP-Fachausschuss Kriminalpolizei hat in seiner jüngsten Sitzung einen ehrgeizigen Arbeitsplan entwickelt und heiße Eisen diskutiert. In der Folge wenden sich der Fachausschuss-Vorsitzende Dietrich Gödker und der zuständige Mann im Landesvorstand, GdP-Vize Bernd Becker, mit den Anliegen des Fachausschusses an Minister Lewentz, Polizeiabteilungsleiter Joachim Laux und die Gesamtpersonalräte der Präsidien.

V.i.S.d.P.: Bernd Becker, stellv. Landesvorsitzender Gewerkschaft der Polizei, LB Rheinland-Pfalz
Geschäftsstelle: Nikolaus-Kopernikus-Straße 15, 55129 Mainz, Tel.: 06131 96009-0

■ Personal, Gesundheit und Belastung

In der Folge des Mitarbeiterbriefs des Abteilungsleiters haben sich die Hinweise an die GdP hinsichtlich steigender Belastungen aus Arbeitsbereichen außerhalb des Wechselschichtdienstes noch einmal vermehrt. Teilweise hatten die Mails Brandbriefcharakter. Gemeinsamer Tenor: Die Probleme Fehlbelastung, höherer Krankenstand durch Arbeitsverdichtung und Personalmangel beschränken sich nicht auf den Wechselschichtdienst. „Bei uns ist längst Land unter“, heißt es und die mitgeteilten Zahlen sprechen eine eigene Sprache.

„Damit werden die Eindrücke der Fachausschussmitglieder, der GdP-Funktionäre und der Personalräte eindrucksvoll bestätigt“, fasst GdP-Vize Bernd Becker zusammen. Im Brief des Fachausschusses an Minister Lewentz wird grundsätzlich das Projekt „Gesünder Arbeiten in der Polizei“ begrüßt, aber darauf hingewiesen, dass die Ankündigung, sich später auch mit gesunder Arbeit in anderen Bereichen der Polizei (außerhalb des WSD) zu befassen, so schnell wie möglich mit Taten belegt werden muss.

Im Brief weiter: „Dass schon vor Jahren in der Folge der Nachreiner-Studie zum WSD angekündigt wurde, auch andere Bereiche auf ihre Belastung – oder besser auf Fehlbelastungen hin - untersuchen zu lassen, macht die Ungeduld vieler Kolleginnen und Kollegen verständlich“.

Im Minister-Brief nimmt die GdP Bezug auf die Ergebnisse der AG 6 des „Optimierungsprozesses“, nach dem in den ersten zehn Jahren des Jahrhunderts im Gegenwert von über 1000 VZÄ Aufgaben hinzugekommen sind. „Täglich gehen neue Hiobsbotschaften ein“, formulieren die Gewerkschafter und nennen die Stichworte Bandenkriminalität, Cybercrime, terroristische Bedrohung und die Flüchtlingssituation. Die Anhebung der Einstellungszahlen sei exakt der richtige Weg, weil die Belastungssituation meist auf fehlendes Personal zurückzuführen sei. Deswegen müsse die Einstellungspolitik auch jenseits der Jahre 2016 und 2017 unbeirrt fortgeführt werden.

■ Vermögensabschöpfung in der Sinnkrise?

Der Hauptpersonalrat hat in Gesprächen mit dem ISIM erreicht, dass die Präsidien die Möglichkeit behalten, auch in der Fläche (nebenamtliche) Vermögensabschöpfer vorzusehen. Hintergrund – so erklärte Bernd Becker im Fachausschuss – sei das Ziel gewesen, das einschlägige knowhow in der Fläche zu erhalten, zum einen um Fälle mit Abschöpfungspotenzial dann zu erkennen, wenn die Sicherung von Vermögenswerten noch möglich ist. Zum anderen ist Becker der Überzeugung, dass Qualifizierung im Bereich Einziehung und Verfall zur Qualitätssicherung in den K/4 insgesamt geeignet ist.

Allerdings befürchtet der Fachausschuss, dass die Vermögensabschöpfung der Polizei auf eine Sinnkrise zuläuft. Nach vorliegenden Zahlen werden nur etwa 10 % der illegal



Ernst Scharbach:
„Es kann nicht sein,
dass wir unsere
Bemühungen
intensivieren und
dabei zunehmend
für den Mülleimer
der Justiz arbeiten“.

angehäuften Vermögenswerte, die durch die Polizei gesichert werden, durch die Justiz auch realisiert. Auch GdP-Vorsitzender Ernst Scharbach ist mit diesem Umstand sehr unzufrieden: „Es kann nicht sein, dass wir die Bemühungen intensivieren und dabei zunehmend für den Mülleimer der Justiz arbeiten“.

Der Fachausschuss macht im Brief an Innenminister Roger Lewentz auch auf dieses Problem aufmerksam. Ziel sei es, ressortübergreifend einen Arbeitsablauf zu vereinbaren, der die Polizeiarbeit an dieser Stelle nicht ad absurdum führe.

Asservatenaufbewahrung:

- **Regelung und Logistik stimmen nicht überein**
- **BTM-Verwahrung für die Justiz verursacht hohe Polizeikosten**

Im Brief an Abteilungsleiter Joachim Laux gibt der Fachausschuss K Bedenken aus der Praxis weiter. Danach ist es erforderlich, die Umsetzung des „Rundschreibens über die Behandlung von sichergestellten, beschlagnahmten oder behördlich verwahrter Gegenstände (Asservate)“ vom 1. August 2010“ zu evaluieren.

Dabei sind nach dem Eindruck des Fachausschusses die „vorläufigen Asservatenstellen“, die „endgültigen Asservatenstellen“ und der Transport zu untersuchen.

Ein besonderes Problem sehen Praktiker nach wie vor in der Aufbewahrung von BTM und Utensilien (Beispielsweise Aufzuchtanlagen) für die Justiz. Trocknung und Vernichtung ohne entsprechende Räumlichkeiten, bis hin zu befürchteten Gesundheitsbeeinträchtigungen für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einer Dienststelle, bereiten nach Berichten aus der Praxis Probleme.

Die GdP bittet den Abteilungsleiter, auf Basis einer Sachstandabfrage bei den BuE den Handlungsbedarf zu prüfen.

■ **Spezialeinheiten und K/16 / Evaluation der „Optimierung“ / Bandenkriminalität**

Im Schreiben an Minister Lewentz gibt der Fachausschuss die –Einschätzung ab, dass die **Zusammenführung der Spezialeinheiten**, verbunden mit einer deutlichen Verstärkung des MEK „absolut in die richtige Richtung gehen“. Dass nach vielen Jahren die politische Spitze des ISIM den Mut aufgebracht habe, das Thema anzugehen, werde in der Polizei und der GdP durchaus anerkennend gewürdigt, stellt der Ausschuss fest.

Allerdings sei in Fachkreisen die Befürchtung weit verbreitet, dass die Auflösung der K/16 in den Präsidien durch die neuen dislozierten MEK-Gruppen nicht kompensiert werden könne, einerseits wegen der schieren Masse der im Bereich mittlerer Kriminalität anfallenden Aufgaben, andererseits wegen der erforderlichen Einhaltung einer „SE-Schwelle“, die letztlich auch im MEK Freiräume zur Qualitätssicherung erforderlich mache. Die Einrichtung der **Zentralen Ermittlungsgruppen** zur Bekämpfung von Bandenkriminalität werfe auch die Frage auf, ob regional eine Observations- und Fahndungseinheit gebraucht werde.

Der FAK bittet den Minister, den mit der Umsetzung beauftragten Arbeitsgruppen hinsichtlich genauer Ausgestaltungen noch eine gewisse „**Beinfreiheit**“ zu lassen und bedankt sich im Ministerschreiben für die Erörterung des Themas mit dem Hauptpersonalrat, verbunden mit der Anregung, das dort entstehende Protokoll mit den enthaltenen Fragestellungen den Umsetzungs-AG´s auf die Agenda zu setzen.

Zur Einrichtung der **Zentralen Ermittlungsgruppen zur Bekämpfung von Bandenkriminalität** meldet der Fachausschuss zurück, dass diese Maßnahme wohl unerlässlich gewesen sei, um dem Phänomen der Internationalisierung von Eigentums-

und Vermögenskriminalität zu begegnen. In den Bereichen, die Personal abgeben müssten, verursache die Maßnahme allerdings „große Schmerzen“.

Man müsse sich bewusst sein, dass es sich zwar nicht um ein neues Phänomen, wohl aber um eine zusätzliche Aufgabe im Sinne der AG-6-Kriterien gehe und nicht lediglich um ein Umschichten von Aufgaben und Personal.

Für die Evaluierung der „Optimierung der Polizeiorganisation“, von der insbesondere die Kriminalpolizei betroffen war, mahnt der Fachausschuss eine gewisse Eilbedürftigkeit an. Selbst wenn man nur die Aufgabenerledigung und nicht die zustehende Wertschätzung und Bezahlung im Auge habe, müssten – so die Bewertung des Fachausschusses – einige Regelungen rückgängig gemacht oder modifiziert werden. Als ganz klares Beispiel nennt der FAK das neu entstandene K/17, in dem – durch die Sache bedingt – weiter in zwei getrennten Organisationseinheiten gearbeitet werde, allerdings verkompliziert durch die suboptimalen Führungsstrukturen.

■ Fortentwicklung von herausgehobenen Funktionsbeschreibungen

Das ISIM lässt den BuE begrenzte Freiheiten bei der Beschreibung bestimmter Funktionen als herausgehobene Funktionen mit der Voraussetzung für eine Beförderung nach A 12.

Von diesem Grundsatz ausgehend wendet sich der FAK an die GdP-geführten Gesamtpersonalräte und regt an, diese Möglichkeit der Fortentwicklung im Rahmen der Personalratsarbeit zu unterstützen. „Dabei ist uns die Komplexität der Materie sehr bewusst“, schreiben die FAK-Vertreter und wollen andere „Baustellen“ wie beispielsweise eine Beförderungsmöglichkeit nach A 13 für DGL bei großen Polizeiinspektionen nicht vernachlässigt sehen. Allerdings regen sie an, Funktionen, die zwischen Behörde und GPR unstrittig seien, von Streitfällen abzukoppeln und zügig auf den Weg zu bringen.

Als mögliche Kriterien für eine „Herausgehobenheit“ führt der Fachausschuss als Beispiel die sporadische, gehäuft wiederkehrende Führungsverantwortung oder die Hauptsachbearbeitung in sehr komplexen Verfahren an. Auch das Ausmaß der erforderlichen Fortbildung könne – analog zum Tarifrecht – ein Kriterium sein.



Bernd Becker:
„Wenn diese Kolleginnen und Kollegen mitsamt ihrer Expertise abwandern, um sich die Chance auf A 12 anderswo zu sichern, ist keinem geholfen“.

■ Austausch mit dem ISIM ■ Vorbereitung des S&K-Seminars

Die jüngste Sitzung des FAK diene auch der Vorbereitung des diesjährigen „Workshop S&K“ am 22.- und 23. Oktober. Themenschwerpunkt 1 wird das Thema islamistischer Terrorismus sein und Schwerpunkt 2 das Thema „Cybercrime“.

Am Beginn der Fachausschuss-Sitzung im GdP-Haus in Hechtsheim stand ein Austausch mit der Spitze des Referats Verbrechensbekämpfung im ISIM.

Michael Denne und **Jörg Wilhelm** nutzten die Gelegenheit, um einerseits Transparenz und Verständnis in Bezug auf die eine oder andere Entscheidung zu erzeugen und waren andererseits sehr daran interessiert, Rückmeldungen aus der Praxis zu erhalten.